

HAMBURG

DEBATTE

Hände weg von der Zeitarbeit

VON OLAF RICHTER

3. Dezember 2010, 06:20 Uhr

Ein Mindestlohn würde seine Branche nur durch Bürokratie lähmen, aber den Beschäftigten nichts bringen. Viele verdienen bereits mehr als das Stammpersonal, meint der Unternehmer

Es fängt schon mit der herabsetzenden Wortwahl an: Von Leiharbeit sprechen Gewerkschaftler und Politiker, wenn sie Zeitarbeit meinen. Als ob es um "prekäre" Beschäftigungsverhältnisse ginge, ohne Verträge, Sozialabgaben oder Urlaubsanspruch.

Das Gegenteil ist der Fall: Meine über 100 Mitarbeiter in Hamburg und Schleswig-Holstein arbeiten in sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen. Sie werden nach tariflichen Vereinbarungen bezahlt, die Zeitarbeitsverbände mit Gewerkschaften schließen. Längst verdienen viele mehr als das Stammpersonal meiner Kunden-Unternehmen, etwa in der Gesundheitsbranche. Der im Aufschwung rasant zunehmende Fachkräftemangel macht es möglich. Nur wenn ich gesuchte Pflegekräfte besser bezahle als manches Krankenhaus, kommen sie.

Dieser Trend wird sich verstärken: Schon heute fehlen in der Dienstleistungsbranche oder der industriellen Facharbeiterschaft Hunderttausende. Experten schätzen, dass es in weniger als 20 Jahren sechs Millionen sein werden. Arbeitgeber bilden bereits branchenübergreifend Arbeitnehmerpools, so im brandenburgischen Spreewald, um im Boom genug Kräfte zu finden.

Die Zeitarbeitsbranche leistet mit nahezu einer Million Mitarbeitern in Deutschland einen Beitrag zur Bewältigung der schwersten Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit: Unternehmen, die eben noch Produktion und Mitarbeiterzahl zurückfahren mussten, können mit unserer flexiblen Hilfe kurzfristig zulegen. Nicht wenige meiner Angestellten werden rasch zu Stammpersonal: In manchen Branchen sind es nach sechs Monaten fast alle.

Trotzdem wollen Politik, Gewerkschaften und sogar die eigenen, lammfrommen Branchenverbände dem flexiblen Instrument Zeitarbeit immer mehr Fesseln anlegen: "Equal Pay", gleicher Lohn für gleiche Arbeit, heißt eine Zauberformel. Dahinter stecken Bürokratie und Ungerechtigkeit. Etwa bei einem Schlosser: Eben noch im Baugewerbe kann er morgen in der Metallindustrie eingesetzt werden. Gilt dann jedes Mal ein anderer Branchen-Tarif?

Wir werden ungeheuren Aufwand treiben müssen, um das alles zu berechnen. Abgesehen vom Wegfall der flexiblen Bezahlung: So wie heute gesuchte Fachkräfte von mir besser entlohnt werden als das vor Jahren zu geringeren Tarifen eingestellte Stammpersonal, so gibt es auch das Gegenteil. Ist es gerecht, dass in Branchen ohne Fachkräftemangel Zeitarbeiter so viel verdienen wie die seit Jahren mit Arbeitsabläufen erfahrene Stammebelegschaft?

Gewerkschaften, Verbände und mittlerweile alle Parteien außer der FDP interessiert das nicht. Gleichmacherische Aktionen bringen öffentlichen Beifall, so beim Mindestlohn. Den wollte Arbeitsministerin von der Leyen für die Zeitarbeit ins Entsendegesetz schreiben. Nur so könne verhindert werden, dass nach Inkrafttreten der Arbeitnehmerfreizügigkeit für Osteuropa im Mai zum Beispiel Polen massenhaft zu Dumpinglöhnen hierherschwappen. Schwarze Schafe der Zeitarbeitsbranche - die es wie überall gibt und gegen die die eigenen Verbände wenig tun - hätten schon Büros in Polen eröffnet.

Paradox: Längst liegt dort die Arbeitslosenquote im Europa-Durchschnitt, in Oberschlesien mit sieben Prozent unter der Schleswig-Holsteins. In Polen beginnt schon Fachkräftemangel. Wenn dennoch Tausende qualifizierte Nachbarn unseren Fachkräftemangel ausgleichen, wäre das nicht Zuwanderung, die wir wollen?

Der Hamburger Unternehmer Olaf Richter, 52, war bis 2008 Präsident des Interessenverbandes Deutscher Zeitarbeitsunternehmen (IGZ).